

Rede von Dagmar Enkelmann bei der Tagung des „Kommunalpolitischen Forums Brandenburg“
zum Thema: „Haben Kommunen eine Chance? - Ein Leitbild für Brandenburg“,
25. November 2007, Potsdam-Hermannswerder.

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

seit einigen Wochen liegt der Entwurf des Leitbildes „Unsere Heimat...“ vor. Mein Dank geht zunächst an die Landtagsfraktion und den Landesverband der Linkspartei.PDS für das wirklich umfassende Angebot, das nun für den öffentlichen Diskurs um die Zukunft Brandenburgs vorliegt. Das Leitbild knüpft an Vorarbeiten an, wie sie mit dem Konzeptpapier „Perspektive Brandenburg 2004-2020“ des Landesverbandes sowie dem Wahlprogramm zur Landtagswahl 2004 geleistet wurden.

Angesichts der anhaltend schwierigen wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Lage des Landes Brandenburg ist es dringend notwendig abzuklopfen:

- Wo liegen die Zukunftspotenziale Brandenburgs?
- Was hat Brandenburg seinen Bürgerinnen und Bürgern zu bieten?
- Was muss getan werden, um die zweifellos vorhandenen Potenziale des Landes zu entfalten?

Dafür hat der vorliegende Entwurf des Leitbildes viele gute Angebote parat. Er bietet einen realistischen Blick auf die Möglichkeiten des Landes und der Landespolitik. In weiten Teilen ist er aber auch ein „Gegenentwurf“ zum Leitbild der Landesregierung mit seiner Konzentration auf eine Metropolenregion.

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

natürlich ist ein solcher Entwurf nichts Fertiges. Ich will meine Redezeit insbesondere für Fragen, Hinweise und Anregungen nutzen.

Als erstes komme ich zur demografischen Entwicklung. Diese stellt sich nach Ansicht der Landesregierung sinngemäß so dar: „Alles furchtbar, was da über uns kommt.“ Und die Reaktionen seitens der Landespolitik auf diese Entwicklung erschöpfen sich meist auch auf das Motto: „Seid fruchtbar und mehret Euch!“. Aus meiner Sicht müssen wir die demografischen Veränderungen vor allem als Chance für die Entwicklung des Landes sehen.

Dazu müssen wir im Leitbild konzeptionell weiter gehen, als das bisher geschehen ist. Unsere Antwort auf den Umstand, dass künftig mehr ältere Menschen in Brandenburg leben werden, kann sich nicht darauf beschränken, mehr Angebote für Pflege und Betreuung und mehr Senioreneinrichtungen zu fordern.

Wir sollten die Veränderungen, die sich aus anders gearteten, zum Teil neuen Bedürfnissen älterer Menschen ergeben, viel stärker für die Strukturentwicklung, für die Schaffung neuer Arbeitsplätze, im Endeffekt also auch als Möglichkeiten für neue Wertschöpfung nutzen. Ältere Menschen wollen nicht nur „betreut werden“, sie sind aktiv, haben aber eben ein anderes Freizeitverhalten, sie legen auf Gesundheitsangebote, auf altersgerechten Tourismus und Fitness Wert, die eben auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten sein müssen.

Apropos Alterung: In einem Punkt möchte ich einen klaren Dissens zum Entwurf des Leitbildes formulieren. Dort heißt es (S. 20): „Wir brauchen auch künftig die solidarische Altersversorgung, die auf Generationengerechtigkeit basiert. Das bedeutet wahrscheinlich eine längere Lebensarbeitszeit in einem darauf eingestellten Arbeitsmarkt.“ Zum einen ist der Arbeitsmarkt nicht auf die älteren Arbeitnehmer eingestellt. Zum anderen befindet er sich in einem gravierenden Wandel – immer weniger produzieren immer mehr Bruttosozialprodukt. Die Antwort darauf kann nicht eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit sein, sondern eine gerechtere Verteilung und eine Verkürzung von Arbeitszeit.

Vor allem vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion um die Rente mit 67 geht es darum, die Rentenkassen zu stärken – indem Arbeitslosigkeit abgebaut und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung geschaffen wird, indem wir die gesetzliche Renten- in eine solidarische Erwerbstätigenversicherung umbauen, in die alle Berufsgruppen, Freiberufler, Selbständige, Abgeordnete und längerfristig auch Beamte einbezogen werden.

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

geht es um die Wirtschaft Brandenburgs, ist ein wichtiger Aspekt die Frage nach der Pflege der vorhandenen Substanz an Unternehmen. Wie gehen wir mit den „zarten „Entwicklungspflänzchen“ um, die es überall im Land gibt und die mit nicht wenigen Mitteln in den letzten Jahren gefördert wurden? Diese brauchen eine zielgenaue, passfähige und flexible Förderung, die regional angebunden sein muss. Dazu gilt es auch, das Image des Landes Brandenburg zu nutzen: Zwischen der gesunden Natur und Umwelt und einer gesunden Ernährung – ich sage nur das Stichwort: Ökoanbau – gibt es durchaus Synergieeffekte, die im Sinne der wirtschaftlichen Profilierung des Landes zu nutzen sind.

Zu einem modernen Image des Landes zählt für mich auch eine ökologisch orientierte Energiewirtschaft mit der entsprechenden Förderung von Forschung und Erzeugung. Das im Entwurf des Leitbildes vorgeschlagene Ziel „B 100“ – Brandenburg also zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien zu versorgen – finde ich sehr mutig. Zugleich ist es eine klare Ansage, wohin die Linke in diesem Land will.

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

im föderalen System der Bundesrepublik nehmen die Abhängigkeiten zu, die Spielräume dagegen für landespolitisches und kommunales Handeln nehmen ab. Ich finde, daraus sollten für uns ganz klare Forderungen an den Bund resultieren, die im Leitbild zu stellen sind. In der anstehenden 2. Stufe der Föderalismusreform geht es bekanntlich um die Neuregelung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern.

Die Linke verlangt eine Bundesstaatskommission, die sich aus einer gleichberechtigten Zahl stimmberechtigter Vertreterinnen und Vertreter von Bundestag und Bundesrat zusammensetzt. In dieser sollen Bundesregierung, aber auch Landtage und kommunale Spitzenverbände Rede- und Antragsrecht haben.

Uns muss es um die wirkliche Durchsetzung des Konnexitätsprinzips gehen. Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen. So reicht z.B. der jetzt beschlossene Nachschlag bei den Kosten der Unterkunft für Hartz-IV-Empfänger nicht aus.

Gegenüber dem Bund ist auch ganz klar die Forderung zu stellen, dass die besonderen Programme zur Wirtschaftsförderung in strukturschwachen Regionen fortgeführt werden, darunter die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Infrastruktur. Dass im Bundeshaushalt 2007 die entsprechenden Gelder um 50 Millionen Euro gekürzt wurden und zudem der größte Teil nicht dem Mittelstand, sondern Großunternehmen zu gute kommt, ist für uns nicht akzeptabel. Das sollten wir auch im Leitbild verdeutlichen.

Das Bundesland Brandenburg braucht auch ein Mitspracherecht bei der Gestaltung der Kreditprogramme des Bundes. Wir sollten im Leitbild auch unsere nach wie vor aktuelle Forderung nach einer kommunalen Investitionspauschale verankern. Für den Bundeshaushalt 2007 hat die Linksfraktion im Bundestag dazu Umschichtungen von 3 Milliarden Euro vorgeschlagen.

Für Brandenburg bleibt auch die weitere Konversionsförderung seitens des Bundes unverzichtbar.

Die Arbeitsmarktförderung des Bundes muss stärker mit der Strukturförderung der einzelnen Länder verzahnt sein, sie muss insbesondere besser den besonderen Bedingungen strukturschwacher Regionen angepasst werden.

Dazu gehört für mich, dass der Bund Mittel für Öffentlich Geförderte Beschäftigung bereitstellt. Es muss die rechtliche Möglichkeit geschaffen werden, Fördergelder aus verschiedenen Töpfen in Regionalfonds zu bündeln.

In einem Leitbild für Brandenburg sollten wir den Bund nicht aus der Pflicht entlassen, seine Verantwortung für gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West wahrzunehmen.

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

einige Bemerkungen möchte ich noch zu einem neuen Anlauf für eine gemeinsame Zukunft von Berlin und Brandenburg machen. Ja, es stimmt wie es im Leitbild formuliert ist: Es findet ein Zusammenwachsen beider Bundesländer statt. Dieses beschränkt sich jedoch auf den so genannten Speckgürtel. Dieser Effekt wird durch die von der Landesregierung vorgenommenen Änderungen der Förderpolitik noch verstärkt. Aus vielerlei Gründen ist ein enges Zusammenwirken beider Länder erforderlich. Notwendig sind klare, verbindliche Regelungen bei den Bildungsfragen, der Infrastrukturentwicklung, der Rohstoffnutzung usw. Das ist mit öffentlich-rechtlichen Verträgen durchaus zu regeln.

Ich möchte hier aber auch darauf hinweisen, dass sich derzeit nur noch 33 Prozent der Brandenburgerinnen und Brandenburger für eine Fusion mit Berlin aussprechen. Ich teile die Sorgen einer zunehmenden Mehrheit in Brandenburg, dass die Randregionen Brandenburgs bei der Fusion abgehängt werden – diesen Sorgen kann man aber kaum durch die Diskussion um eine neue Berlin-Brandenburger Verfassung begegnen.

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

die Brandenburger Linkspartei.PDS ist mit der Arbeit an dem Leitbild auf dem richtigen Weg.

Gut wäre eine konkrete Untersetzung des Leitbildes in den einzelnen Regionen. Dies kann sicher nicht von Potsdam aus erfolgen. Der vorliegende Entwurf sollte ein Arbeitspapier sein, das durch viele öffentliche Diskussionen weiter qualifiziert wird.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.